

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 1 (1979)
Heft: 1

Artikel: Fritz Vahrenholt : Interview
Autor: Vahrenholt, Fritz / Mehrrens, Herbert / Stange, Rainer
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652993>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

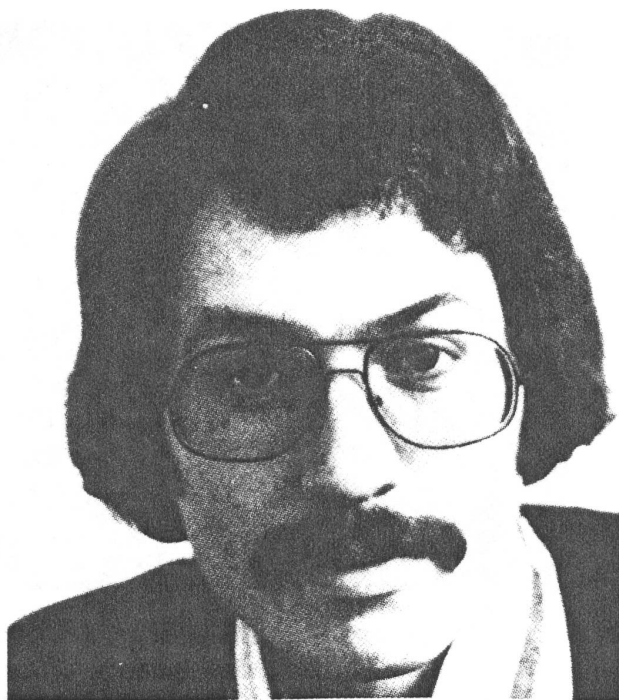
Interview:

FRITZ
VAHRENHOLT

Seveso ist überall – die tödlichen Risiken der Chemie ist der Titel des Buches von Fritz Vahrenholt und Egmont R. Koch, das der Anlaß dieses Interviews ist. Das Buch hat in einer Rezension in der WECHSELWIRKUNG Nr. 0 auch Kritik gefunden. Dennoch halten wir es für die mit Abstand umfassendste, gründlichste und lesbarste Analyse des Problems, die zugleich eine klare politische Zielsetzung hat. Das Buch hat heftige Reaktionen ausgelöst – besonders von der chemischen Industrie. Fritz Vahrenholt, Leiter des Fachgebiets Chemische Industrie im Umweltbundesamt war dabei besonders scharfen Angriffen ausgesetzt (vgl. Kasten). Zu den Reaktionen auf das Buch und den Möglichkeiten politischer Aktivitäten gegen die Gefahren der Chemie haben Herbert Mehrtens und Rainer Stange von der WECHSELWIRKUNG ihn befragt.

WW: *Uns würde zunächst einmal interessieren, da vorher keine Auseinandersetzung um Chemikalien und Umwelt in solch kompakter Form stattgefunden hat, wie insbesondere die Reaktion in den aktiven Kreisen, wie Bürgerinitiativen, war, die sich mit den Umweltproblemen auseinandersetzen.*

F.V.: Das ist eigentlich das Erfreuliche, was so manche negative Erfahrungen mit der anderen Seite, nämlich der betroffenen Industrie aufwiegt, daß gerade diejenigen, die wir ansprechen in hohem Maß positiv reagiert haben. Beispielsweise dadurch, daß wir zu zahlreichen Veranstaltungen eingeladen worden sind – insbesondere hier zu nennen das Öko-Institut, das mehrere Veranstaltungen gemeinsam mit örtlichen Bürgerinitiativen organisiert hat. Aber auch die Gewerkschaft ist zu nennen in ihrer Reaktion; beispielsweise hat die Industriegewerkschaft Chemie eine ausführliche Besprechung des Buches vorgenommen oder in Gastkommentaren auf das Buch hingewiesen. Da folgt auch noch einiges an Umsetzung mit Betriebsräten in großen Konzernen. Als dritte Schiene wäre zu nennen die Reaktion der Parteien, die ja organisierter Ausdruck bestimmter Interessen sind, insbesondere die Sozialdemokratische Partei, die hier, allerdings mehr intern, die Autoren zur Diskussion eingeladen hat, um die Ansätze in anstehende Gesetzesvorhaben einfließen zu lassen, wie das Umweltchemikaliengesetz, die Bundesimmissionschutznovelle oder die Störfallverordnung. Und nicht zuletzt zu erwähnen, die vielen Reaktionen der einzelnen Bürger, die uns mit ihren Problemen, die jetzt durch das Buch nur angerissen worden sind, angeschrieben haben. Ich will nur zwei Beispiele nennen: einmal ein Anruf eines Oberarztes aus Mainz, der einen Patienten jahrelang gegen eine Allergie behandelt hatte, und nicht wußte, was die Ursache dieser Allergie war, bis er dann aufgrund des Buches feststellte, daß dieser Patient in hohem Maße mit Pentachlorphenol, einem Holzschutzmittel, gearbeitet hatte, und ihn jetzt auch entsprechend therapieren kann. Oder, um beim Holzschutzmittel zu bleiben, wenn Betroffene uns schreiben, daß sozusagen die Befürchtung, die wir hatten, in welchem Maße dieses hochgiftige Mittel in die Innenräume ge-



tragen worden ist, noch übersteigt. So schreibt eine Frau, sie hätte 180 Liter Xylamon in ihrem Haus verstrichen. Daß natürlich diese Frau entsprechende Hautreaktionen und Schädigungen beispielsweise der Leber hat, ist natürlich nicht unerwartet. Bürgerinitiativen fragen auch an, beispielsweise eine Bürgerinitiative im Raum Goslar, wobei sich herausstellte, daß das, was wir über die Schwermetallbelastung in Nordenham beschrieben haben, in Goslar noch bei weitem in den Schatten gestellt wird.

WW: *Und das Verhältnis von Gewerkschaft und Chemie?*

F.V.: Hier ist eine interessante Entwicklung festzustellen. Wir haben in keinem anderen Fall, nehmen Sie beispielsweise die Kernenergie, den hier vorliegenden Sachverhalt, daß nämlich Bürgerinitiativbewegung und Arbeiterbewegung mit parallelaufenden Interessenlagen am gleichen Strang ziehen. Die Industriegewerkschaft Chemie hat sich ja sehr stark gerade auch für die Umweltchemikaliengesetzgebung, für eine Verschärfung dieser Gesetzgebung zum Schutze der Bevölkerung und insbesondere auch der Arbeiterschaft eingesetzt – weil nämlich die Probleme der Gefährdung durch Chemikalien am Arbeitsplatz die gleichen sind wie die Gefährdung in der Umwelt oder in der Nachbarschaft, und weil man weiß, daß die Arbeitnehmer natürlich als erste davon betroffen sind. Und deswegen sollte man diese Chance nutzen und sie nicht wie in den Fragen der Nutzung der Kernenergie möglicherweise zu gegenlaufenden Interessen zwischen Teilen der Gewerkschaft und den Bürgerinitiativen aufspalten lassen. Der Punkt ist nur der, und da beginnen wir natürlich gleich die Diskussionsrunde zum Umweltchemikaliengesetz – ich weiß nicht, ob die Frage hinterher nochmal kommt ...

WW: *Auf jeden Fall!*

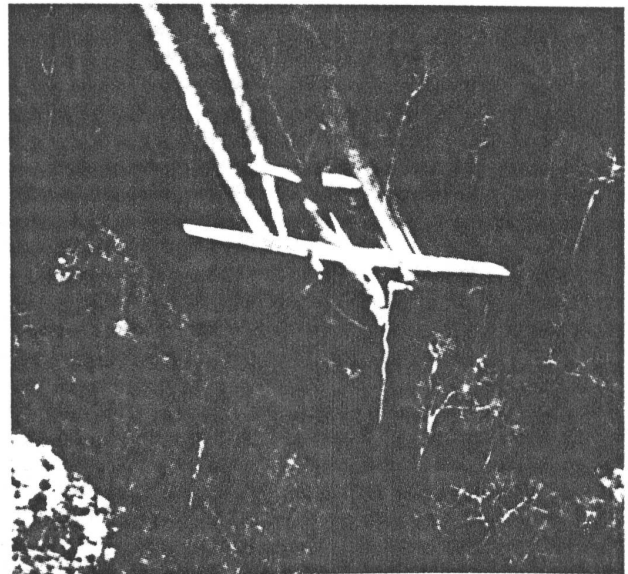
F.V.: ... daß natürlich die Industrie sehr geschickt versucht, die Industriegewerkschaften in ihre Interessen einzubinden, und deshalb ist es so wichtig, daß das Umweltchemikaliengesetz eine Prüfung, bevor Investitionen getätigt werden sind, bevor Arbeitsplätze geschaffen sind, vorsieht. Denn wird einmal eine selbst risikoreiche Produktion in Gang gesetzt, dann kriegt man die Produktion sehr schlecht wieder weg, dann haben sie auch die Gewerkschaften möglicherweise sehr schnell auf der anderen Seite.

WW: Im 'Gegenbuch' des Verbands der Chemischen Industrie werden Ihnen eine ganze Reihe gravierender Fehler vorgeworfen. Neben üblichen publizistischen Kampfmitteln, wie der Forderung nach 'Ausgewogenheit', finden sich da offenbar auch viele sachlich-wissenschaftliche 'Richtigstellungen', die den Leser bestimmt verunsichern. Nehmen wir ein Beispiel. Bei einem Unfall im Bremer Hafen, behaupten Sie, hätten erhebliche Mengen von Blausäure freiwerden können, wenn es geregnet hätte, die Industrie beweist das Gegenteil.

F.V.: Das ist nun ein ganz eklatanter Fall der Verfälschung. Ich gehe sogar so weit, daß es nicht nur fahrlässig ist, was hier an Falschbehauptungen aufgestellt wird, sondern hier wird wohl vorsätzlich die Aussage verfälscht. Es handelt sich ja bei dieser kritisierten Stelle um einen Unfall im Bremer Hafen, in dem von zweihundert 50-Kilo-Fässern mit Natriumcyanid, also Cyankali, rund Dreiviertel der Tonnen geplatzt waren. Und wir haben im Buch die Aussage gemacht, bei Regen oder nur bei einer hohen Luftfeuchtigkeit wäre aus den Cyanidsalzen tödliche Blausäure ausgetreten, die zumindest für den unmittelbaren Hafenbereich eine große Gefahr bedeutet hätte. Darauf hat die Chemische Industrie bei der Firma Degussa einen Versuch gemacht, zu dem sie dreißig Journalisten eingeladen hatte. Dort wurde in einem geschlossenen Raum ein Faß mit Natriumcyanid aufgestellt und Wasser hineingegossen, allerdings destilliertes Wasser. Nach dreißig Stunden, so heißt es hier in der Stellungnahme des Verbandes, sind nur 1 ppm Blausäure, das ist eine sehr kleine Konzentration, gemessen worden. Und dann führen die Verbandschemiker weiter aus: 'Diese Konzentration kann jedoch nicht zur Gefährdung eines Hafenbereiches führen'. Das ist in der Tat richtig. Nur ist natürlich hier mit destilliertem Wasser operiert worden. Wenn der Versuch mit Regenwasser durchgeführt worden wäre, hätte wohl bei längerem Aufenthalt niemand diesen Raum lebend verlassen. Denn da der Regen mittlerweile in der Bundesrepublik durch Schwefeldioxid, Kohlendioxid und Chlorwasserstoff so sauer geworden ist, daß ein pH-Wert von durchschnittlich 4,2 festzustellen ist, hat es zur Folge, daß dieser Regen aus Cyankali quantitativ die Blausäure austreiben würde, und das hätte in der Tat, wie wir es formuliert haben, zu einer Gefahr für den unmittelbaren Hafenbereich geführt.

WW: Es sind hier einige Zahlenangaben kritisiert, die sehr nach Druckfehlern aussehen, z.B. die Konzentration von TCDD im Boden von Vietnam...

F.V.: An dieser Stelle kann ich vielleicht einfügen, daß wir dieses Buch unter einem enormen Zeitdruck veröffentlicht haben, einfach deswegen, weil zu befürchten war, daß der Inhalt des Buches der Chemischen Industrie zu früh bekannt wird. Und tatsächlich hat sie auf irgendwelchen Wegen wenige Tage vor Veröffentlichung Auszüge des Buches bereits in den Händen gehabt. Deswegen war also Eile geboten, und da sind natürlich insgesamt, kann ich ruhig sagen, knapp 20 Fehler einschließlich der Druckfehler hineingerutscht. Die Konzentrationsangabe über die Verseuchung des Bodens in Vietnam wäre beispielsweise so ein Fehler. Wenn man ein n und ein m verwechselt bei einem Milligramm und daraus Nanogramm wird oder umgekehrt, dann ist das natürlich ein Unterschied von einer Million. Das ist aber natürlich ein reiner Druckfehler, der gerade bei diesen beiden Buchstaben sehr leicht überlesen wird. Daß dies ein Druckfehler ist, mögen Sie daran erkennen, daß die Aussage des Satzes, in Vietnam läge die TCDD-Verseuchung über der Konzentration der Zone B in Seveso, richtig bleibt. Aber ich darf dazu sagen, daß es nicht der Dokumentation des Chemieverbandes bedurft hätte, um diese Druckfehler auszumergen, wir haben in der 2. Auflage, die Anfang Dezember herausgekommen ist und schon Anfang November von uns zur Druckerei gegeben worden ist, diese zwanzig Fehler ausge-



Einsatz von Herbiziden (TCDD) als Entlaubungsmittel durch die amerikanischen Streitkräfte im Vietnamkrieg 1962–1971

merzt. Da sind also diese Dinge raus, daß beispielsweise der Flußsäureunfall von Lünen nicht am 8. Februar, sondern am 12. Februar stattfand, da ist z.B. raus, daß ein Chlorgasunglück nicht 500 Liter Chlor austreten ließ, sondern 500 kg (320 Liter), was im übrigen ja an der Problemlage wenig ändert.

WW: Nun ist sicherlich dieser Hinweis auch noch ganz nett, daß Sie sich dazu bekannt haben, politischen Zwecken zu dienen.

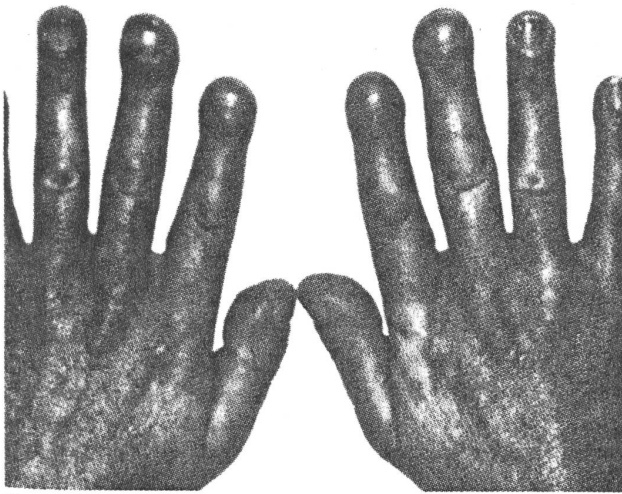
F.V.: Ich empfinde das als keinen Vorwurf, sondern als eine Lächerlichkeit, denn natürlich will ich politische Zwecke mit einem solchen Buch verfolgen, und zwar umweltpolitische Zwecke. Wenn dann noch weiter ausgeführt wird 'Wir halten es jedoch für bedenklich, wenn mit der geliehenen Autorität der Wissenschaft im Rücken Zusammenhänge verzerrt werden', dann ist diese Aussage geradezu abwegig, denn gerade Politik und Umweltpolitik muß sich an jeder Stelle bemühen, wissenschaftliche Aussagen 'im Rücken' zu haben.

WW: Damit ist sicherlich auch eine Grundproblematik angesprochen, die der wissenschaftlich objektiven Festsetzbarkeit von Grenzwerten, der Bestimmung von Toxizitätsgrenzen, und das wäre eine Frage, die zu dem überleiten kann, was ein Umweltchemikaliengesetz überhaupt leisten würde.

F.V.: Die Bewertung wissenschaftlicher Erkenntnisse ist natürlich ein Problem, was gerade im Bereich auch des Umweltchemikaliengesetzes mit den damit zusammenhängenden Fragen eine entscheidende Rolle spielt. Wie Sie wissen, soll der Entwurf des Umweltchemikaliengesetzes vorsehen, daß bestimmte Daten, beispielsweise zu physiko-chemischen Eigenschaften, zur Toxizität des Stoffes, zur Persistenz, zur Bioakkumulation von der Industrie angegeben werden müssen, die im übrigen die Daten selbst ermittelt und dann an entsprechende Behörden weiterleitet, die dann diese Daten bewerten muß. Diese sollen dann zu einem Schluß kommen, ist das umweltrelevant oder ist das nicht umweltrelevant. Daß da immer Interpretationsspielraum da ist, ist, glaube ich, unbestritten. Trotz allem ist es notwendig, einen Einstieg in eine exakte Risikoabschätzung zu schaffen.

WW: Aber wir kennen doch bis heute nur den Tierversuch, um die Gefährlichkeit von solchen Chemikalien im vorhinein abzuwägen. Sehen Sie da nicht auch Probleme der Vergleichbarkeit von Tierversuch und Exposition am Menschen?

F.V.: Natürlich gibt's da Probleme, aber wir haben keine andere Möglichkeit. Es gibt sicherlich Fälle, in denen im Tierversuch eine Substanz sich als kanzerogen erwiesen hat und beim Menschen nicht und umgekehrt, was natürlich wesentlich schlimmer ist. Im einen Fall, würde ich sagen, bewegen wir uns zumindest auf der sicheren Seite, lieber eher auf eine Chemikalie zu verzichten, als ein neues Gefährdungspotential einzuführen. Nehmen Sie beispielsweise den Ames-Test, da gibt es auch nur eine Trefferquote von bis zu 90% der Übereinstimmung. Aber wir müssen das vergleichen mit dem Zustand, den wir in den letzten Jahren vorgefunden haben, daß eben überhaupt nichts in dieser Richtung durchgeführt worden ist. Wenn wir es tatsächlich schaffen würden mit einer Trefferquote von 90% die krebserregenden Chemikalien auszusondern und damit zum Absinken der Krebsrate beizutragen in einem solchen Umfang, dann würde ich sagen, ist das tatsächlich ein wertvoller Schritt und da kann man mich auch nicht mit den Argumenten der Kosten davon abbringen. Die Kosten für die Grundprüfung belaufen sich auf 65.000 DM und in den Diskussionen, die ich mit der chemischen Industrie geführt habe, wurde dann immer hochgerechnet: wir haben 60.000 Substanzen; wenn man das mal hochrechnet, dann kommt man auf mehrere Milliarden. Nun muß man natürlich zum einen sagen, wenn die Chemie hier dreißig Jahre lang bestimmte notwendige Untersuchungen unterlassen hat, ist das ja kein Argument, in Zukunft weiter so zu verfahren. Zum zweiten sollte man sich durchaus nochmal vergegenwärtigen, daß ja beispielsweise bei einem Produkt wie PVC mit einer Jahresproduktion von einer Million Tonnen und einem Verkaufspreis von 1500 DM pro Tonne, eine Vorsorgeprüfung mit 65.000 DM sicherlich angemessen gewesen



Knochen- und Hautveränderungen durch PVC

wäre, ohne überhaupt die mittlerweile fünfzig oder sechzig Krebstoten und Hunderte von schwergeschädigten PVC-Arbeitern dagegen aufzurechnen.

WW: Wie beurteilen Sie denn überhaupt die Chancen z.B. der Bürgerinitiativbewegung auf diese Gesetzgebung und überhaupt auf eine wirksame Kontrolle der Chemie Einfluß zu nehmen? Die Chemie stellt doch immerhin eine der am besten organisierten Industrien dar, die einen erheblichen Einfluß auf die Politik bisher gehabt hat. Was sind die größten Probleme und die wichtigsten Ansätze für Initiativen, die nicht nur an einem Punkt lokalisiert sind?

F.V.: Ja, ich hab' das ja schon im Buch zum Ausdruck gebracht, daß wir drei wichtige Forderungen sehen: Einmal natürlich die Verschärfung der Gesetzgebung, zum zweiten, was dabei parallel gehen muß, die Verbesserung der Kontrolle, der Überwachung von industriellen Aktivitäten und als drittes

eben die Beteiligung der Betroffenen, der Arbeitnehmer, der Anlieger bei solchen Entscheidungen, ob bestimmte Produkte hergestellt werden sollen oder nicht, oder bestimmte Anlagen errichtet werden sollen oder nicht. Das wird ja heute beispielsweise bei der Genehmigung von Anlagen schon durchgeführt, und da haben die Bürgerinitiativen sehr wohl große Möglichkeiten und nehmen sie auch wahr. Ich habe in mehreren Genehmigungsverfahren mitgewirkt, in denen gerade in den letzten zwei Jahren Bürgerinitiativen bei der Genehmigung von großen Chemiewerken mit ihren Einsprüchen dazu geführt haben, daß die Sicherheitsstandards und auch die Emissionsverminderung aus diesen Anlagen erheblich verbessert worden sind. So hat also zunächst einmal jeder am örtlichen Bezug die Möglichkeit bei der Genehmigung neuer Anlagen einzuwirken, bei der Frage der Produkte ist das schon wesentlich schwieriger, weil das eine Frage ist, die mehr oder weniger auf zentraler Ebene entschieden wird. Hier geht es zunächst einmal darum, die Diskussion in der Öffentlichkeit weiter voranzutreiben und das eine oder andere Produkt auf Index zu setzen. Bei den Holzschutzmitteln hat das ja ganz gut geklappt. Zum zweiten ist der Gedanke des Abbaus der Gefährdung durch Chemikalien in die relevanten Organisationen einzubringen, denn das hat dann zum Ziel, daß sich beispielsweise Parteien, Gewerkschaften mit dieser Fragestellung auseinandersetzen müssen. Die Grünen und deren Auftreten und das Erstarken der Bürgerinitiativbewegung haben ja nicht zuletzt dazu geführt, daß sich beispielsweise die Parteien mit dem hier vorgetragenen Komplex intensiver beschäftigt haben und jetzt auch die Verschärfung von Gesetzen fordern. Das ist ja von außen herangetragen worden, das muß man ganz offen sehen, es ist eben nicht aus den Parteien, nicht aus der Gewerkschaft selbst erwachsen. Es wird dort widerspiegelt, und hierzu hat die Bürgerinitiativbewegung sicherlich schon viel geleistet und insofern auch hier ihren Stellenwert.

WW: Glauben Sie denn, daß die Chemieindustrie überhaupt kontrollierbar ist? Bei uns z.B. ist doch die Frage in der Umweltschutzgesetzgebung eigentlich letzten Endes, auch wenn gute Gesetze da sind, wer übt die Kontrollen aus, wer spricht Strafen aus und wie treffen die Strafen den Schädigenden? Wenn sie in Relation zu dessen Umsatz genügend gering sind, dann wird sich im Zweifelsfall zeigen, wie schwierig es mit der Emissionsbegrenzung ist.

F.V.: Ja, wenn das nicht kontrollierbar wäre, dann müßten wir eigentlich unsere Arbeit einstellen. Ich halte es für nicht sinnvoll, so zu argumentieren. Natürlich kann man die Chemieindustrie nicht hinreichend kontrollieren, wenn man beispielsweise bei den Überwachungsbehörden der BASF nur 6 Beamte zur Verfügung hat, die die Arbeitsplatzbedingungen und die Umweltbedingungen von 350 Einzelbetrieben an einem Ort mit 50.000 Beschäftigten überwachen sollen.

Daß natürlich bei der Vielzahl der Chemiker auf der anderen Seite derjenige am kürzeren Strick zieht, der die geringeren Informationen hat, ist natürlich offenkundig. Und deswegen ist ja auch ein ganz wichtiger Punkt unsere Forderung: Offenlegung und Transparentmachung der Prozesse, der Informationen, wie sie in der Chemie vorhanden sind. Wenn der Gewerbeaufsichtsbeamte von Bayer Dormagen eben nicht wußte, daß in den Kesseln der Fabrik TCDD anfiel, dann kann er dagegen auch nicht viel unternehmen. Das ist so auch selbst bei den perfektsten Gesetzen und bei der besten Kontrolle und bei der besten Organisation der Öffentlichkeit, daß es sozusagen immer noch Möglichkeiten geben wird, diese zu umspielen. Dies wird sich nie ausschließen lassen. Aber ich halte durch Anstrengungen in diesen drei Bereichen die Erhöhung der Trefferquote für so weitgehend möglich, daß wir das Problem der chemischen Zeitbombe nachhaltig entschärfen könnten.



Die Chemie ist überall



Ein Buch und seine Folgen!

Der VCI (Verband der Chemischen Industrie) reagierte prompt. Zwei Tage nach Erscheinen des Buchs: Seveso ist überall war die Presseerklärung da: Seveso ist nicht überall – dafür aber die chemische Industrie: Presseerklärungen, Kommentare und Rezensionen, eine Rücktrittsforderung, Veranstaltungsboykott, ein Gerichtsverfahren und der ‚wissenschaftliche‘ Gegenschlag. Mit geballtem Einsatz von Industriefachleuten produzierte der VCI sein Gegenbuch. Seveso ist nicht überall – das sollte mit rund 200 Argumenten, sauberlich in „Zitate“ und „Befunde“ getrennt, nachgewiesen werden. In dem 300 Seiten starken Werk finden sich neben sehr viel unbedrucktem Papier Nachweise von Fehlern und Druckfehlern (von denen Koch und Vahrenholt 20 zugeben), unterschiedliche Wertungen, aber auch bewußte Fehlinterpretationen und Verfälschungen (vgl. Interview). Die ZEIT: „Zum Teil ... kleinkarierte Spiegel-*fechtere*“.

Ein Ziel der VCI-Aktivitäten war der Bundestag. Allen Bundestagsabgeordneten wurde das Buch übersandt und der CDU-Abgeordnete Laufs fragte an:

„Sieht die Bundesregierung die im Interesse einer wirksamen Risikoeingrenzung bei Umweltchemikalien gebotene gute Kooperation zwischen Umweltbundesamt und chemischer Industrie dadurch belastet, daß gerade die leitenden Beamten des Fachgebiets Chemie Industrie des Umweltbundesamts einer der beiden Autoren des von der Fachwelt als von vielen Zerrbildern und Verfälschungen geprägt und tendenziös bezeichneten Buchs: *Seveso ist überall* ist?“

Die Regierung meinte, die Zusammenarbeit sei nicht belastet und verwies im übrigen auf die Meinungsfreiheit.

Die Industrie aber sah die Zusammenarbeit belastet. Vahrenholt ist immerhin Geschäftsführer der gemeinsamen Störfall-Kommission. Den Namen des Geschäftsführers neben den des Vorsitzenden auf den Briefkopf zu setzen sei „*ein-
fach ein Stilbruch*“. Auf der Kommissionsitzung im Januar waren die Industrievetreter „verhindert“.

Natürlich gehören auch juristische Mittel ins Repertoire der Industrie. Die Bayer AG beantragte eine einstweilige Verfügung. Der Abschnitt über die Krebsgefahr durch Acrylnitril, das Ausgangsprodukt für Kunststoffe ist und aus Textilien über die Haut aufgenommen werden kann, war dem Kunstfasernhersteller ein Dorn im Auge. Der Antrag wurde abgelehnt. Das Gericht stellte fest, daß „*das Thema, nämlich Risiken und Gefahren der Chemie, ... für eine breite Öffentlichkeit von Interesse und Bedeutung*“ sei.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Industrie war rege, hatte aber ihre Grenzen. Diskussionsveranstaltungen wurden boykottiert:

„*Die Teilnahme der beiden Autoren ... und die Übernahme eines einleitenden Referats stellen einen zusätzlichen Werbeeffekt für das Buch dar*“ (Merck)

„*Wir sind der Meinung, daß Lösungen für offene Fragen besser im Zusammenwirken mit den zuständigen Fachleuten gefunden werden als auf dem Podium der öffentlichen Diskussion*.“ (Merck)

„*Die erhebliche Störung, die Herr Vahrenholt als Mitarbeiter des Umweltbundesamtes in die offizielle Umweltpolitik gebracht hat, macht es unmöglich, an Veranstaltungen teilzunehmen* ...“ (VCI)

Und im gleichen Brief des VCI kommt es noch dicker: „*Wir glauben auch, daß eine evangelische Akademie ganz besonders vorsichtig in der Auswahl ihrer Themen sein muß, wenn sie die Stellung der Kirche nicht ins Zwielicht bringen will*“.

Daß allerdings beim VCI auch die emotionale Seite nicht zu kurz kommt, beweist eine Meldung in der ZEIT:

„*Einen stattlichen Etatgewinn darf die Frankfurter Werbeagentur J. Walter Thompson verbuchen. Und der Auftraggeber ist überaus prominent: Die Chemische Industrie möchte in den kommenden fünf Jahren um ein besseres Image werben. Dreißig Millionen Mark will sie dafür locker machen.*“

Me